

Zuschauern, insbesondere mit Jugendlichen als spezifischer Klientel sowohl des Kinos als auch der Kirche, wurde wichtiger, als das etwaige Sehverbot einzelner Filme. Auch die Bewertungskriterien des – weiterhin bestehenden – Film-Dienstes waren ab 1969 nicht mehr ausschließlich moralischer Art, sondern setzten sich mit dem weiteren Bedeutungszusammenhang eines Werks auseinander.

Kuchler stellt diese Entwicklung hin zu einer Zurücknahme kirchlicher Deutungshoheit auf breiter Quellengrundlage dar und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer sozialgeschichtlich fundierten Mediengeschichte. Er kann zeigen, wie die katholische Kirche zumindest im von ihm untersuchten Bayern, sicher aber auch darüber hinaus, in der Frühphase der Bundesrepublik teils erfolgreich versuchte, das kulturelle Alltagsverhalten eines Großteils der Bevölkerung zu lenken. Die quellengesättigte Nähe zu seinem Gegenstand ist jedoch zugleich Stärke und Schwäche der Darstellung. Zuweilen hätte man sich eine Öffnung der Perspektive wünschen können, die über den größtenteils innerkirchlichen Zusammenhang hinaus weist. Obleich eingangs postuliert wird, dass es um die „gesellschaftliche Rückwirkung der einzelnen Kinoprogramme“ (S. 18) geht, bleiben sowohl die Perspektive der katholischen Kinobesucher, außerhalb der kirchlich organisierten Strukturen, als auch die möglicherweise ganz unterschiedlichen Rezeptionshaltungen sozial verschiedener Publikumsgruppen, auf die die katholische Filmarbeit ja abzielte, weitgehend außerhalb der Betrachtung. Die Feststellung gegen Ende, entgegen vieler Indizien sei der Anschein trügerisch, dass „der westdeutsche Katholizismus (...) um die Mitte der 1960er Jahre gänzlich abgekoppelt von den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen der Zeit ein Eigenleben geführt“ habe, hätte durchweg stärker problematisiert werden können. Wenn Kuchler wohl auch zu Recht insistiert, am Ende habe die gesellschaftliche Öffnung der Kirche gestanden, so scheint doch gerade das zwiespältige Beharrungsvermögen weiter Teile des Klerus wie der Laien über Jahre prägend gewesen zu sein. Diese Ambivalenz hätte man in einer weiteren Perspektive etwa am Charakter der Filmliga festmachen können, die ja letztlich die Form einer Konsumentenorganisation annahm. An die Stelle einer althergebrachten Einflussnahme durch die kirchliche Autorität (die es ja nebenher auch noch gab) trat eine gleichsam marktconforme Interessengruppe, die spezifische Konsumwünsche artikulierte. Hier verbanden sich also konservative Inhalte mit modernen Handlungsformen. Wie jedes gute Buch wirft Kuchlers Arbeit interessante weitergehende Fragen auf, was seiner grundsätzlichen Qualität keinen Abbruch tut.

*Stefan Moitra*

## Parteien und Parteiensysteme im Wandel – Neuere Tendenzen der deutschen Parteienforschung

*Hans Zehetmair (Hg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, 29,80 €.*

*Heiko Biehl: Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005, 39,80 €.*

*Daniel Dettling (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Zum Verhältnis von Macht und Beteiligung, Wiesbaden 2005, 29,80 €.*

*Daniela Forkmann/Michael Schlieben (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005, Wiesbaden 2005, 34,80 €.*

*Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, 26,80 €.*

*Wolfgang Merkel/Christoph Egle/Christian Henkes/Tobias Ostheim/Alexander Petring: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006, 39,80 €.*

*Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, 29,80 €.*

Sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der Sozialwissenschaft stellt die Parteienforschung seit jeher ein zentrales, aber auch ein stets mit Skepsis betrachtetes Feld wissenschaftlicher Forschung dar. Wird Politikwissenschaftlern häufig eine allzu große Nähe zum politischen Akteur unterstellt oder lediglich die Funktion eines reflektierten Kommentators des Tagesgeschehens zugebilligt, sehen sich Historiker mit der Forderung konfrontiert, Einzelphänomene nicht nur detailgenau und quellenkritisch aufzuarbeiten, sondern auch eine analytische – oder theoretische – Verortung des Untersuchungsgegenstandes auf Grundlage aktueller Forschungsansätze vorzunehmen. Angesichts derartiger Kritiken und Anforderungen wird gerade in der Parteienforschung häufig der Brückenschlag zwischen beiden akademischen Disziplinen gesucht, um so einerseits zeitnahe Phänomene in längerfristige Kontexte einzubetten und andererseits sich aktueller Konzepte und Theorien zu bedienen.

Das zu Beginn des 21. Jahrhunderts dominierende Leitmotiv der deutschen Parteienforschung oszilliert um die Begriffe Politik- bzw. Parteienverdrossenheit und wird eng verknüpft mit der Diagnose einer allgemein schwindenden Bindekraft von Parteien.<sup>11</sup> Setzte vor rund 40 Jahren, zum Ende der 1960er Jahre, eine Hochphase der Parteien in Deutschland ein, die eine bis dahin beispiellose Mitgliedermobilisierung zur Folge hatte, so wird heute ein seit längerem anhaltender Mitgliederverlust mit zum Teil dramatischen Ausmaßen ausgemacht. Allein die SPD hat in der Ära Schröder rund ein Viertel ihrer Mitglieder verloren. Verglichen mit dem Mitgliederhöchststand von 1976 zählt die SPD heute nur noch halb so viele Mitglieder. Da auch die CDU weiter an Mitgliedern verliert, wird gemeinhin konstatiert, dass die Volksparteien an die Grenzen ihrer Integrationskapazitäten gestoßen sind. Vor allem seitens der Sozialwissenschaften wird – gewissermaßen als wissenschaftliches Korrelat zu dieser Beobachtung – ein allgemeiner Parteienwandel identifiziert und das Aufkommen neuer Formen von Parteien ausgemacht.<sup>12</sup> Exemplarisch hierfür stehen u. a. die so genannten „Kartellparteien“ und die „professionalisierten Wählerparteien“. Die erste Kategorie

11 Vgl. hierzu grundlegend Kai Arzheimer: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002.

12 Vgl. zur hiermit eng zusammenhängenden Kleinparteienforschung die Rezension von Janosch Steuerer in diesem Heft.

geht auf die beiden Parteienforscher Richard S. Katz (Baltimore) und Peter Mair (Florenz) zurück und betont vor allem die Rolle von Parteien als Bestandteil des Regierungssystems. Etablierte Parteien bilden demzufolge ein Kartell, um den Zutritt anderer Kräfte ins etablierte Parteiensystem zu vermeiden und sich der Finanzquellen des Staates zu bedienen.<sup>13</sup> Angelo Panebianco (Bologna) hat hingegen die Kategorie der „professionalisierten Wählerparteien“ in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt, die vor allem deren veränderte, stärker medien- und kampagnenorientierte Mobilisierungsformen betont, während zugleich diagnostiziert wird, dass die Mitgliederbasis an Bedeutung verloren hat.<sup>14</sup>

Der nachfolgende Literaturbericht verfolgt das Ziel, überblicksartig zu beleuchten, inwieweit sich diese beiden Kategorien in der aktuellen Parteienforschung über die Bundesrepublik Deutschland widerspiegeln und welcher Nutzen mit diesen Kategorien sowohl für die Geschichts- wie auch für die Politikwissenschaft verbunden ist. Besprochen werden in diesem Zusammenhang insgesamt sieben Publikationen der letzten Jahre, die allesamt im Wiesbadener VS Verlag für Sozialwissenschaften erschienen sind und sowohl querschnittsartig das deutsche Parteiensystem beleuchten als auch einzelne Parteien in den Mittelpunkt der Untersuchung stellen.

Der allgemeine Tenor von der sinkenden Bindekraft der Parteien spiegelt sich in dem vom Vorsitzenden der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung, Hans Zehetmair, herausgegebenen Band über die Perspektiven des deutschen Parteiensystems im 21. Jahrhundert wider. Den Aufhänger des Bandes bilden Szenarien künftiger Entwicklungen, über die allerdings Unklarheit herrscht: Während der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse trotz aller Krisensymptome aus der Sicht des Jahres 2004 im Kern keinen grundlegenden Wandel des Parteiensystems ausmacht und auch der Perspektive einer neuen Linkspartei keine allzu große Relevanz beimisst, erachtet Gerhard Hirscher eine Konstellation, in der in die „Parteienlandschaft in den nächsten Jahren mehr Bewegung“ bekommt, „als in langen Jahrzehnten zuvor“, für realistisch (S. 12). Der Wert des Bandes liegt denn auch weniger in derartigen, bisweilen spekulativ anmutenden Hypothesen, sondern vielmehr in den nachfolgenden empirischen Kapiteln zu den einzelnen Parteien, in denen programmatische Strukturen und Mitgliederentwicklungen einer eingehenden Analyse unterzogen werden. Da diese Untersuchung jedoch nicht anhand eines einheitlichen Rasters erfolgt, bleibt die vergleichende Dimension unterbelichtet, weswegen der Band letztlich eher als empirischer Steinbruch, ergänzt um tagesaktuelle Einschätzungen, zu betrachten ist, denn als systematische Analyse.

Eine stärker in die Tiefe gehende Analyse bietet die Untersuchung des Strausberger Soziologen Heiko Biehl, der in seiner Dissertation die Veränderungen der Mitgliederstrukturen von Parteien einer detaillierten Analyse unterzieht. Biehl belässt es in diesem Zusammen-

13 Vgl. Richard S. Katz/Peter Mair: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party*, in: *Party Politics* 1 (1995), S. 5–28.

14 Vgl. Angelo Panebianco: *Political parties. Organization and power*, Cambridge 1987. Siehe aber auch – nicht ohne kritische Bezüge – Klaus von Beyme: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Opladen 2000.

hang nicht dabei, die qualitativen Veränderungen und den anhaltenden Rückgang der Mitgliedszahlen darzulegen, sondern er verweist auf die qualitativen Änderungen, die mit diesem Wandel einhergehen. Indem er überzeugend die normativen und analytischen Diskussionen der letzten Jahre zusammenfasst, entwirft er das Bild einer Parteienlandschaft, die sich zunehmend weniger an Milieus und Sozialprofilen orientiert, sondern vielmehr von Mitgliedern geprägt wird, für die Kosten-Nutzen-Kalküle und instrumentelle Erwägungen ein zentrales Motiv der Parteienbindung spielen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, so Heiko Biehl, ob Parteien überhaupt noch das Potenzial von sozialen Integrationsinstanzen besitzen. Untersucht wird vor diesem Hintergrund, ob es zu einer Erneuerung der Mitgliederstrukturen kommt oder ob sich die Herausbildung eines neuen Parteityps abzeichnet. In einer sowohl theoriegeleiteten wie empirisch auf breiter Datengrundlage (des Potsdamer Parteimitgliederprojekts) fundierten Studie kommt Biehl zu dem Ergebnis, dass vor allem in sozialstruktureller Hinsicht eine Erosion in der Mitgliedschaft von Parteien auszumachen ist. Da in allen Parteien finanziell besser gestellte und gebildete Mitglieder – die zudem vielfach einen akademischen Hintergrund aufweisen – dominieren, sind die traditionellen sozialstrukturellen Bindungen mittlerweile ausgehöhlt. Demgegenüber sieht Biehl das Selbstverständnis der Parteimitglieder hingegen weitaus geringer von Veränderungen geprägt. Das vielfach konstatierte rationale Abwägen zwischen den Vor- und Nachteilen der Mitgliedschaft sei weniger verbreitet als allgemein angenommen, weswegen er einem allgemeinen Wandel zu „professionalisierten Wählerparteien“ auch explizit widerspricht. Mit Blick auf demokratietheoretische Fragen leitet Biehl aus diesen Ergebnissen die kritische Schlussfolgerung ab, dass angesichts der zentralen Relevanz sozialstruktureller Attribute eine Kernaufgabe künftiger Parteienforschung darin bestehen muss, diese Untersuchungsperspektive zu vertiefen, ohne dabei lediglich die Klassiker der Cleavage-Theorie aufzufrischen. Ob es den Parteien hingegen gelingt, die eigenen sozialen Wurzeln zu revitalisieren und die Bindungen zum vorparlamentarischen Raum zu stärken, bleibt abzuwarten.

Während in der Studie von Heiko Biehl vor allem Ursachen erforscht werden und dabei in erster Linie die Mitgliedsstrukturen von Parteien im Mittelpunkt stehen, widmet sich der von Daniel Dettling herausgegebene Sammelband stärker der prospektiven Rolle von Parteien in der Bundesrepublik. In seinen einleitenden Ausführungen betrachtet Dettling – mit Verweis auf die rückläufigen Mitgliederzahlen und die fehlende Akzeptanz von Parteien – die These von ihrem Niedergang als unwiderlegbaren Fakt und leitet daraus die Schlussfolgerung ab, dass neue Formen des politischen Engagements von Nöten seien. Da die Organisationsreformen der Parteien zwar Wirkung gezeigt haben, aber den Mitgliederschwund nicht aufhalten konnten, müsse zur Funktionsfähigkeit der Demokratie nach Alternativen gesucht werden. Diese sieht er nicht zuletzt im Zusammenspiel von Parteien und der Bürgergesellschaft angesiedelt. Der Band, der insgesamt 13 Beiträge von Wissenschaftlern, Praktikern und Aktivisten vereint, zielt dabei weniger auf eine empirische Analyse ab, sondern stellt vielmehr eine Zusammenschau von Thesen und Ideenskizzen dar, die allesamt das Potenzial der „civil society“ beleuchten. Ohne dass der Begriff explizit für den gesamten Band erläutert wird, rekurren die Beiträger dabei allesamt auf das Konzept einer freiwillig agierenden, selbstbestimmten gesellschaftlichen Organisation, das den institutionell fest ver-

ankerten, stark in den staatlichen Sektor hineinreichenden Parteien gegenübersteht. In den einzelnen Beiträgen wird dabei erhellend auf die „Gegen- und Zwischenwelten des parteipolitischen und bürgerschaftlichen Engagements“ (Wiesendahl, S. 32) eingegangen, deren empirische Ausdrucksformen jedoch eher blass bleiben. Deutlich wird, dass vor allem die Kommune als Ort der Bürgergesellschaft gesehen wird, dass aber Bürgerstiftungen, Unternehmen und Think Tanks bisher erst in Ansätzen Kompetenzen ausgebildet haben, Funktionen von Parteien (mit) zu übernehmen. Zurückgeführt wird dies nicht zuletzt auch auf die Selbstbeschränkung der Zivilgesellschaft (Backhaus-Maul). Inwieweit das Zusammenspiel von Parteien und Bürgergesellschaft erfolgreich sein kann, wird sich, so die Ansicht mehrerer Autoren des Bandes, nicht zuletzt am Grad der Professionalisierung und an dem Umgang mit den Medien festmachen lassen – mithin jenen beiden Sektoren, die bisher als Domänen von Parteien auszumachen sind.

Der breiten Bürgerbeteiligung entgegengesetzt steht die politische Führung von Parteien, um die es in dem von Daniela Forkmann und Michael Schlieben herausgegebenen Band geht. Untersucht werden hier die Vorsitzenden all jener Parteien, die seit 1949 Bundestagsmandate in Fraktionsstärke erringen konnten. In den einleitenden Ausführungen der Herausgeber wird deutlich, dass das bisher weitgehend von der Parteienforschung vernachlässigte Feld der „politischen Führung“ von Parteien beträchtliche methodische Herausforderungen birgt, um zu verlässlichen Aussagen darüber zu kommen, welche „Anforderungsprofile“ an Parteivorsitzende gestellt werden. Aber auch die Identifizierung von Einflussmöglichkeiten und -instrumenten sowie die Beurteilung dessen, was einen erfolgreichen Parteiführer qualifiziert, sind bisher kaum eingehender untersucht worden. Wer nach der Lektüre der neun Beiträge eine Bilanz ziehen will, dem wird dies ob der Vielfalt an Detailergebnissen schwer fallen. Nicht nur das Beispiel der SPD-Vorsitzenden ist, wie Anne-Kathrin Oelzen und Daniela Forkmann überzeugend herausarbeiten, von beträchtlichen Gegensätzen geprägt. Vergleicht man etwa Schumacher, Brandt und Lafontaine mit Ollenhauer, Vogel und Müntefering zeichnet sich nicht nur ein grundlegender Unterschied zwischen charismatischen Führungspersönlichkeiten und stärker auf den Apparat bezogenen Organisatoren ab, sondern es werden auch innerhalb der beiden Gruppen erhebliche Unterschiede hinsichtlich Führungsstil und -strategie deutlich. Peter Lösche, der in seinem Abschlussbeitrag Systematisierungsvorschläge der insgesamt über 80 untersuchten Parteivorsitzenden unterbreitet, bilanziert dementsprechend, dass es eine „Mechanik der Macht“ oder eine „Physik der Parteiführung“ nicht gebe. Dennoch verzichtet Lösche nicht darauf, in Anlehnung an Max Weber und dessen drei Kategorien der Legitimität von Herrschaft einige grundlegende Merkmale zu benennen. Dazu zählen etwa persönliche Merkmale wie ein beträchtliches Maß an Ehrgeiz des Parteivorsitzenden, gepaart mit Selbstvertrauen und politischer Erfahrung, aber auch ein erhebliches Maß an persönlicher Integrität. Als strukturelle Merkmale führt Lösche die Existenz eines funktionsfähigen Büros, den Besitz einer Hausmacht und einen gewissen Grad an Ämterkumulation sowie die Fähigkeit zur Integration informeller Gruppen an. Hinzu kommt – im Sinne des Ansatzes der Gelegenheitsstrukturen – die Kompatibilität des Profils des Vorsitzenden mit zeit- und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie dessen Fähigkeit, sich der Medien und des Organisationsapparates der Partei zu bedie-

nen, wozu auch eine gezielte Patronagepolitik zählt. Schließlich darf auch die inhaltliche Kompetenz Lösche zufolge nicht ganz ausgeblendet bleiben. Kritisch mag man zu Peter Lösches Fazit ebenso wie zu den vor allem auf der Grundlage von Berichten und Einschätzungen gut unterrichteter Journalisten verfassten Beiträgen bilanzieren, dass diese eher eine deskriptiv-typologische, denn eine theoretische Orientierung aufweisen. Ohne hier in alte Diskussionen über die Stärken und Schwächen der Göttinger Schule zurückzufallen, kann geschlussfolgert werden, dass der Band sicherlich einer quellengestützten Vertiefung bedarf, dass aber die Interpretationsangebote sowohl der Geschichts- wie auch der Sozialwissenschaft durchaus helfen können, Annäherungen an ein Forschungsfeld zu finden, das Parteienwandel ebenfalls erklären kann, gerade weil dieser Strang in den diesbezüglichen Untersuchungen und Diskussionen bisher keine Rolle gespielt hat.

Neben Publikationen, die sich entweder mit dem Parteiensystem oder mit mehreren Parteien beschäftigen, zeichnet sich die Parteienforschung unverändert auch durch Studien zu einzelnen Parteien aus. Bemerkenswert ist dabei, dass die FDP, die bisher von der Parteienforschung eher stiefmütterlich behandelt wurde, mit einer umfangreicheren Monografie bedacht wurde. Der Potsdamer Parteienforscher und FDP-Politiker Jürgen Dittberner zeichnet in seiner – zum Teil auf früheren Publikationen basierenden – Studie, die erneut im Zusammenspiel von Geschichts- und Sozialwissenschaft angesiedelt ist, zunächst die Geschichte der FDP von ihrer Gründung bis in die Gegenwart nach. Dieser weitgehend aus der Sekundärliteratur herausgearbeitete, gut ein Drittel des Buches ausmachende Teil bietet inhaltlich wenig Neues, liefert aber eine konzise Zusammenschau der FDP-Geschichte. Dittberner macht in diesem Zusammenhang deutlich, mit welchen Schwierigkeiten die FDP als Kleinpartei ohne umfangreiche sozialstrukturelle Wähler- und Mitgliederbasis konfrontiert war und weiterhin ist –, zeigt aber auch, wie viele Häutungen und Neupositionierungen die FDP in ihrer Geschichte durchlaufen hat. Diesem Überblick schließen sich Kapitel zur Rolle der FDP in den Ländern, zur Organisationsstruktur und zu den „Vorfeldorganisationen“ der Partei an, dem Ausführungen zu Amtsträgern und zur Programmatik folgen. Alles in allem wird so ein breites Panorama der FDP gezeichnet, das jedoch keiner spezifischen Leitfrage oder These folgt. Der Autor erweist sich als intimer Kenner der FDP und liefert mit seiner Gesamtdarstellung einen anregenden und systematisierenden Überblick, der vor allem dem politisch Interessierten zahlreiche Einblicke verschafft, der aber aus wissenschaftlicher Sicht wenige Innovationen zur Parteienforschung beisteuert.

Anders verhält sich dies bei dem unter der Federführung von Wolfgang Merkel mit einem Team von Heidelberger Politikwissenschaftlern erarbeiteten Band zur Reformfähigkeit der Sozialdemokratie in Westeuropa. Als einziger der hier untersuchten Bände nimmt er eine ländervergleichende Perspektive ein, in der die Regierungspolitik sozialdemokratischer Parteien in sechs westeuropäischen Staaten (Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden und Dänemark) sowie auf europäischer Ebene untersucht wird. Ausgerichtet ist der Band weniger auf die Partei als ganzes, sondern vielmehr auf ihr Wirken in einzelnen Politikfeldern. Im Zentrum des Bandes steht dabei die Frage, wie sozialdemokratisch bzw. sozialistisch geführte Regierungen seit Mitte der 1990er Jahre auf die Herausforderung transnationaler (ökonomischer) Verflechtung in Europa und der Welt reagiert haben. Die

Antworten könnten unterschiedlicher nicht ausfallen. Von ähnlichen sozialdemokratischen Wegen in Europa – oder gar einer Konvergenz – kann nur höchst begrenzt die Rede sein. Vielmehr sucht jede sozialdemokratische Partei mit Blick auf die Fiskalpolitik sowie hinsichtlich beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen ihren eigenen Weg zu sowohl programmatischen als auch staatlichen Reformen. Indem erneut auf das Instrumentarium einer Typologie zurückgegriffen wird, unterscheiden die Autoren zur Systematisierung ihrer Ergebnisse zwischen traditionellen, modernisierten und liberalisierten sozialdemokratischen Parteien. Der zwischen 1998 und 2005 von der SPD geführten Regierung wird dabei zunächst eine traditionelle Politik zugeschrieben, die sich in der zweiten Regierungshälfte zu einer stärker modernistischen Variante verschob. Von den Autoren wird diese Politik aber nur als begrenzt erfolgreich gewertet. Zurückgeführt wird dies auf den Umstand, dass die Reformpolitik der letzten Jahre – in der Bundesrepublik unter dem Schlagwort der „Agendapolitik“ in die Diskussion eingegangen – in Deutschland und Frankreich auf erheblich mehr Hindernisse gestoßen sei als etwa in Großbritannien, Schweden oder den Niederlanden. Als Ursache hierfür werden mit Blick auf den deutschen Fall insbesondere die institutionellen Vetospieler im Bundesrat und im Verfassungsgericht, aber auch der Einfluss von Koalitionsregierungen betont. Mit ihrer politikfeldbezogenen Ausrichtung weist die Heidelberger Studie eine – von den bisher behandelten Publikationen – deutlich abweichende Akzentsetzung auf. Sie ist nicht nur in Anlage und Umfang deutlich umfangreicher – allein das Literaturverzeichnis umfasst 41 eng bedruckte Seiten –, sondern ihr geht es auch weniger um die Funktionsbilanz von Parteien als vielmehr um Erklärungsansätze für parteipolitisches Handeln. Anregend wäre es, wenn die dabei erzielten Ergebnisse stärker in Beziehung zueinander gesetzt werden würden, scheint es doch plausibel, dass die schwindende Bindekraft von Parteien auch in einem wechselseitigen Verhältnis zu ihrer Politik in der Regierungsverantwortung steht.

Die letzte und jüngste hier behandelte Publikation setzt sich mit der Partei „Die Linke“ auseinander. Die im Sommer 2007 durch den Zusammenschluss von ostdeutscher PDS und westdeutscher Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) konstituierte Linkspartei, der bei den Bundestagswahlen 2005 als Wahlbündnis mit 8,7 Prozent als drittstärkste Fraktion der Einzug in den Bundestag gelang, wird gegenwärtig zentrale Bedeutung beigegeben, erscheint es doch naheliegend, dass das Drei- bzw. Zweieinhalb-Parteiensystem der 1960er und 70er Jahre und das Vierparteiensystem der 1980er und 90er Jahre nunmehr endgültig – und möglicherweise auch dauerhaft – durch ein Fünfparteiensystem ersetzt wurde. In Anlage und Zugang ist der Band ähnlich wie die Studie von Dittberner konzipiert: Neben der Parteiengeschichte werden Führungspersonal, Wahlkampf und Wähler betrachtet. Die zentrale These der Publikation lässt sich hingegen eher auf den Band der Heidelberger Forschergruppe beziehen. Es wird geschlussfolgert, dass das Aufkommen der Linkspartei nur vor dem Hintergrund des messbaren – von der Heidelberger Forschergruppe aber als allzu zögerlich ausgemachten – strategischen und programmatischen Wandels der SPD zu erklären ist. Im Sinne des Ansatzes der politischen Gelegenheitsstrukturen wird konstatiert, dass die Konvergenz der etablierten Parteien im Hinblick auf das „markliberale Paradigma“ so ausgeprägt war, dass unter den unterschiedlichsten Akteuren eine „regelrechte wechselseitige

Verständigung über eine gemeinsame Zeitdiagnose und Perspektiven des koordinierten Handelns“ stattfinden konnte (S. 67), die dazu führte, dass WASG und PDS die institutionellen Hürden des politischen Systems überwandern und sich nicht nur in den Bundestagswahlen, sondern auch langfristig als Partei mit den stärksten Kompetenzen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit behaupten konnten. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das Kapitel von Tim Spier und Clemens Wirries, die mit Blick auf ein ähnliches Ländersample wie der Heidelberger Band eine Einordnung der Linkspartei im westeuropäischen Kontext vornehmen. Vor allem in den nordischen Staaten und in den Niederlanden konnten Linksparteien von der modifizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialdemokratie profitieren und sich als Bewahrer sozialstaatlicher Errungenschaften profilieren. Verstärkt wurde dies noch durch charismatische Führungspersönlichkeiten. Demgegenüber konnte die französische PCF nicht in gleichen Maße profitieren. Nach Ansicht der Autoren ist dies darauf zurückzuführen, dass die französischen Kommunisten zum Teil immer noch stark von alten ideologischen Grabenkämpfen geprägt seien und sich zudem die französische PS weitaus weniger marktliberal gab als die Sozialdemokratien in den Nachbarländern. Auffällig ist angesichts des Interesses an der Entstehungsgeschichte und der Etablierung der Linkspartei allerdings – nicht zuletzt im Hinblick auf diachrone Perspektiven – dass kaum Vergleiche mit dem Aufkommen der Grünen zu Beginn der 1980er Jahre angestellt wurden. Zu untersuchen bliebe hier, ob und inwieweit die beiden wesentlichen Erklärungsstränge – zum einen, die Grünen seien das Resultat defizitärer Systemleistungen, zum anderen, die Grünen seien das Ergebnis einer „Neuen Politik“ – tragfähig sind.<sup>15</sup> Zweifellos steckt hier noch manches Forschungspotenzial.

Was lässt sich aus den hier skizzierten Publikationen nunmehr abschließend knapp zum Stand der Parteienforschung in Deutschland ableiten? Zunächst gilt für einige der Studien – vor allem für die künftige Perspektiven auslotenden Arbeiten – dass manche Aussage und Prognose bereits beim Erscheinen des Buchs überholt ist. Deutlich länger ist die Halbwertszeit der Studien, die ihre Ergebnisse aus einer Verbindung von theorie- bzw. typologiegeleiteter Fragestellung und empirischer Fundierung beziehen. Zu diesen Arbeiten gehört der weit überwiegende Anteil der hier vorgestellten Beiträge. Gemeinsam ist fast allen Studien die enge Orientierung an den Paradigmen der Parteiorganisationsforschung und des Institutionalismus in seinen unterschiedlichen Spielarten. Ihnen wird zumeist stärkere Bedeutung beigemessen als Fragen des Wettbewerbs und der Strategiefähigkeit von Parteien. Zudem gehören – zumindest implizit – komparative und längsschnittliche Vergleiche zu den Kernmerkmalen fast aller Arbeiten.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten sind Unterschiede zwischen eher politikwissenschaftlich-theoretischen und stärker historisch-quellengestützten Arbeiten unverkennbar. Unverändert gibt es zumindest zwei Hauptrichtungen deutscher Parteienforschung: Die eine setzt vor allem auf Typologien, ist eher empirisch orientiert, betont das gesellschaftliche Umfeld und

15 Vgl. hierzu etwa Thomas Poguntke: Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 187–210.



die veränderten Umweltbedingungen und nimmt Anleihen an aktuellen Ereignissen – ohne damit nur das politische Feuilleton zu bedienen. Gerade Göttingen hat sich in diesem Zusammenhang zu einem Hort der Parteienforschung herausgebildet, in dem allein drei der hier behandelten sieben Studien entstanden. Die andere „Richtung“ der Parteienforschung ist stärker methodenorientiert, setzt aber ebenfalls häufig auf Typologien. Insgesamt ist hier jedoch das methodische Instrumentarium mit einem Mix aus standardisierten Verfahren, Eliteninterviews und teilnehmender Beobachtung sowie verschiedenen Verfahren der Dokumentenanalyse breiter angelegt.

Beide „Richtungen“ haben indes gemeinsam, dass Untersuchungen zum Parteienwandel ein zentrales Erkenntnisinteresse markieren, ohne dass dabei die Kategorien „Kartellparteien“ oder „professionalisierte Wählerparteien“ notwendigerweise zum alleinigen Analyse leitenden Instrumentarium avancieren. Der gemeinsame Nenner der Studien besteht vielmehr in der Beobachtung, dass abnehmende Bindekräfte der Parteien, wie auch weiterer bürgergesellschaftlicher Großorganisationen, unverkennbar sind, dass die genauen Erscheinungsformen zugleich aber – wie vor allem die Studie von Biehl zeigt – noch einer differenzierten Betrachtung und einer breiteren Untersuchung bedürfen. In diesem Zusammenhang können die geschichts- und die politikwissenschaftliche Parteienforschung durchaus voneinander profitieren, erscheint es doch geradezu zwingend, dass die Historiografie das empirische Feld (weiter) bestellt, auf dem politikwissenschaftliche Kategorien bisher gesät, aber noch nicht in hinreichendem Maße gekeimt sind. Ob man dann wirklich zu dem Ergebnis kommt, jenseits des „Abstieg[s] der Parteien“<sup>16</sup> auch das Konzept der repräsentativen Demokratie ebenso wie die Überlebensfähigkeit von Parteien in Frage zu stellen,<sup>17</sup> sollte sich nicht zuletzt aus entsprechenden längsschnittartigen Betrachtungen ableiten lassen.

Jürgen Mittag

## Neue Wege durch die „Terra incognita“ der Kleinparteiensforschung

*Dirk van den Boom: Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999.*

*Andreas Schulze: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen, Wiesbaden 2004.*

*Hans-Jörg Dietsche: Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems, Frankfurt am Main 2004.*

*Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt am Main/New York 2006.*

*Jan Köhler: Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer*

16 So Hubert Kleinert: Abstieg der Parteiendemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35/36 (2007), S. 3–11.

17 Vgl. hierzu Friedbert W. Rüb: „Sind die Parteien noch zu retten?“ Zum Stand der gegenwärtigen Parteien- und Parteiensystemforschung, in: *Neue Politische Literatur* 3 (2005), S. 397–421.